

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Im Bundestag hat eine wahre Jahresend-Rallye begonnen. Dabei holpert und rumpelt es gewaltig. Jetzt rächt sich der wochenlange rot-grün-gelbe Sommerschlaf. Handwerkliche Fehler und immer neuer Ampelstreit tun ein Übriges. Entsprechend sehen manche Gesetze aus, die jetzt im Akkord von der Ampelmehrheit durch das Parlament gestimmt werden. Und manchmal bleibt dabei auch etwas auf der Strecke. Dazu mehr im Newsletter.

In der zurückliegenden Woche feierte sich die Koalition für ein Steueränderungsgesetz, das die kalte Progression, also heimliche Steuererhöhungen, verhindern soll. Das hört sich gut an. In diesem Jahr aber verdient der Fiskus kräftig an der Inflation. Denn die Inflation lässt die Steuern nur so sprudeln. Die Forderung von CDU und CSU für 2022 ebenfalls einen Ausgleich zu schaffen, stieß bei Rot-Grün-Gelb auf taube Ohren.

Damit nicht genug: Fast unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung hat Rot-Grün-Gelb rasch noch ein paar Steuer- und

Abgabenerhöhungen auf den Weg gebracht. Waren unlängst die Landwirte betroffen, soll jetzt eine CO2-Abgabe für Müllverbrennungsanlagen eingeführt und kräftig an der Erbschaftsteuer geschraubt werden. Dazu mehr weiter hinten.

Derweil warten Bürger und Wirtschaft weiter auf die versprochenen Entlastungen angesichts der hohen Gas- und Strompreise. Rasch noch an ein Gesetz angehängt, hat die Ampelkoalition wenigstens die Entlastung der Gaskunden von der Dezeberrate. Wie es danach weitergeht, bleibt vorläufig unklar. Es gibt viele Ankündigungen, nur keine rechtliche Klarheit. Bürger und Betriebe aber brauchen Planungssicherheit.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion steht außer Frage, dass die Folgeentlastung ab 1. Januar greifen muss und nicht erst ab Februar oder gar März, wenn die Heizperiode auf ihr Ende zugeht. Und die Regelung muss transparent sein.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Brehm

Respektloses Bürgergeld

Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II erhalten ab Anfang 2023 mehr Geld. Angesichts der weiter hohen Inflation, eine schon lange überfällige Anhebung. Wir haben das als CDU/CSU-Fraktion – leider erfolglos – gefordert. Gleichzeitig erfüllt sich die SPD einen langgehegten Wunsch. Abschied von Hartz IV. Künftig heißt Hartz IV „Bürgergeld“. Die FDP steuert den Namen bei. Die SPD bestimmt den Inhalt.

Beim neuen Ampel-Hartz werden Sanktionen für die Verweigerung der Aufnahme von zumutbarer Arbeit deutlich zusammengestrichen und sichert großzügig bemessene Schonvermögen. Manch einer steht am Ende mit dem neuen Ampel-Hartz besser, als wenn er täglich einer Arbeit nachgeht. Förderung von Arbeitsaufnahme Fehlanzeige. Kritik an den Inhalten des Gesetzentwurfs kam von vielen Seiten. Sie fand kein Gehör.

CDU und CSU haben der Ampel angesichts der zahlreichen Gesetzesmängel angeboten, zunächst nur die Regelsätze zum Jahresbeginn 2023 zu erhöhen und dann gemeinsam die Schwachpunkte des Gesetzes auszuräumen. Die Ampel hat dieses Angebot ausgeschlagen. Die SPD diffamierte die Kritik der Union öffentlich gar als Fake News - ein Versuch, CDU und CSU Union ins demokratische Abseits zu stellen.



Sebastian Brehm: „Das Bürgergeld-Gesetz ist respektlos gegenüber den Menschen, die jeden Tag durch ihre Arbeit den Laden

am Laufen halten und von ihrem Einkommen auch wegen der hohen Inflation kein Geld auf die

hohe Kante legen können. Und ebenso respektlos ist es, wenn das Gesetz es möglich macht, durch Nichtarbeit ein höheres Einkommen zu erhalten, als durch Arbeit. Es wäre besser gewesen, die Ampelkoalition hätte Vernunft angenommen und auf die mahnenden Stimmen vom Landkreistag und Städtetag, über Handwerk und Bundesagentur für Arbeit bis hin zum Bundesrechnungshof gehört.“

Keine Energiepreispauschale für Studierende in diesem Jahr



Studenten und Fachschüler werden die einmalige Energiepreispauschale in diesem Jahr, entgegen dem Versprechen der Ampelkoalition, nicht mehr erhalten. Nachdem die Koalitionsspitzen Scholz, Habeck und Lindner die Zahlung bereits Anfang September zugesagt haben, legte die Ampelregierung erst in dieser Woche einen ersten Entwurf für das notwendige Gesetz vor, der aber noch nicht vom Bundeskabinett beschlossen ist. Das Gesetzgebungsverfahren kann damit frühestens kurz vor Weihnachten abgeschlossen werden. Ob wenigstens im Januar Gelder fließen, bleibt zudem fraglich. Denn die Länder müssen noch die Auszahlungsstellen für die Pauschale festlegen und mit den notwendigen Daten ausstatten.

Sebastian Brehm: „Dies ist ein neuerliches Beispiel für den himmelweiten Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser rot-gelb-grünen Koalition.“

Ampel macht Wahlprüfung zum politischen Basar



Bei der Bundestagswahl 2021 fehlten in Berlin teilweise Stimmzettel, es gab lange Warteschlangen vor den Wahllokalen, Wähler konnten ihre Stimme zum Teil gar nicht abgeben und einzelne Wahllokale blieben länger offen als zulässig. Der Bundeswahlleiter sprach schon kurz danach von systemischem Versagen bei der Organisation und Durchführung der Wahl. In gut 1.200 der insgesamt 2.200 Berliner Wahllokale müsse die Wahl wegen erheblicher Fehler wiederholt werden, befand er. Die Ampel-Koalition dampfte diese Zahl jetzt mit ihrer Mehrheit im Wahlprüfungsausschuss auf 431 Wahllokale ein und boxte dieses Ergebnis jetzt auch durch den Bundestag.



Sebastian Brehm: „Die Ampelkoalition hat den Wahlprüfungsausschuss mit ihrem Verhalten zu einem politischen Mandatsbasar gemacht. Sie diskreditiert

damit das Wahlprüfungsverfahren und erzwingt geradezu den Gang zum

Bundesverfassungsgericht. Was Rot-Grün-Gelb hier betreibt, ist ein Spiel auf Zeit aus Angst, bei einer Wahlwiederholung schon jetzt vom Wähler für das Ampel-Chaos abgestraft zu werden.“

Erben soll teurer werden



Jahressteuergesetze sind zumeist wenig spektakulär – eher eine Ansammlung von steuertechnischen Anpassung. Im Entwurf des Jahressteuergesetzes 2022 findet sich freilich im großen Wust von geänderten Halbsätzen, Kommata, Spiegelstrichen, Einschüben und Paragraphenzahlen eine böse Überraschung für Erben. Die Immobilien sollen künftig bei Erbschaft oder Schenkung nach neuen Bewertungsmaßstäben für das Ertrags- und Sachwertprinzip besteuert werden. Die Konsequenz: drastisch höhere Erbschaft- oder Schenkungssteuern bis hin zur Verdoppelung. Die Freibeträge für Verwandte ersten Grades, die eben noch als recht auskömmlich erschienen, schmelzen so plötzlich dahin, wie der Schnee in der Sonne.

Sebastian Brehm: „Mancher Erbe wird gezwungen sein, die gerade geerbte Immobilie zu verkaufen, um die Steuer zu bezahlen. Und bei vererbten Mehrfamilienhäusern werden die Wohnungsmieten unter voller Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten erhöht, um die Steuer zu finanzieren. Die Ampel macht sich damit zum Preistreiber auf dem Wohnungsmarkt gerade in Ballungsgebieten mit ihrem ohnehin knappen Mietangebot. Und die FDP macht mit.“

Nachdenkliches am Reformationstag



Am Reformationstag konnte ich meinen Freund, den Präsidenten des Evangelischen Kirchentags und ehemaligen Bundesminister Thomas de Maizière beim abendlichen Gottesdienst der Dekanate Fürth und Nürnberg in St. Sebald begrüßen. De Maizière griff bei seiner Ansprache

die Losung des Kirchentags 2023 auf – „Jetzt ist die Zeit“ und stellte dabei die sich auflösenden Gewissheiten einer im Umbruch befindlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt mit die Suche nach neuem Zusammenhalt und neuer Selbstvergewisserung. Gerade in diesen Tagen müsse man erkennen, dass Frieden, Wohlstand, Wachstum und Freiheit in Europa nicht selbstverständlich seien. Herzlichen Dank für den Besuch und die eindrucksvolle Rede!

Besuch aus Nürnberg



Noch einmal konnte ich Ende Oktober eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich drei Tage lang ein ausführliches Bild vom Bundestag und meiner Arbeit im Parlament machen. Der Einblick in die Arbeitsweise des Bundestages trägt dazu bei, die demokratischen Prozesse greifbarer und verständlicher zu machen. Ich habe mich über die interessanten Gespräche und Anregungen sehr gefreut.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.